



Rivalität verstetigt Kriege

Moskau gewinnt in Mittelost an Einfluss, Amerika verliert ihn

Die 50 Mann Spezialtruppe, die Präsident Obama nach Syrien schickt, reichten nicht, um die Aufgabe zu erfüllen, vor allem weil Luftschläge auch nicht genügten. Es gehe kaum um ein Gebäude in ar-Raqqa [dem Zentrum des "Islamstaats"], sagte Dianne Feinstein der Presse am Sonntag. Entweder Amerika bekämpfe ihn, oder es muss es ohnehin später tun.

Das mögliche Bombenattentat auf den russischen Metrojet über Sinai mag für Amerika und Russland ein **Weckruf** sein, die doch kooperieren sollten. Zwar behauptete Moskau, den "Islamstaat" zu bekämpfen, doch richteten sich die meisten Angriffe auf die mit Amerika liierte Freie Syrische Armee, die gegen al-Asads Regime stehe. Sie hoffe, dass der Kreml sich hart gegen den "Islamstaat" wende, was er derzeit nicht tue. Aber sie sei ermutigt, dass Washington und Moskau Informationen austauschten. Diese Vizechefin des Ausschusses für Nachrichtendienste erläuterte also eine vertrackte Lage der neuen Rivalität in Mittelost.

Foto: Metrojet Airbus A321 [Wiki Media Commons](#)

Obwohl **Islamisten** ausholen, fehlt offenbar noch die bilaterale Absprache gegen den "Islamstaat" als nun auch am Nil vermuteten Urheber des Anschlags mit 224 Toten. Nicht nur kämpfen Rivalen für sich, sondern Präsident Putin geht gegen jene vor, die sein Amtskollege Obama aufzubauen suchte. Zwar kann dieser besser aus dem türkischen Incirlik angreifen lassen (viertel Flugstunde bis Syrien), doch neigen Mitglieder der ineffektiven Koalition aus **Golfstaaten** dazu, Rebellen gegen al-Asad zu fördern. Die Sunni-Koalition zerfällt, indes Amerika in Syrien und Irak die Hauptlast trägt. Saudi-Arabien und die Emirate sind im Krieg gegen die al-Huthis in Jemen befasst. Kanada fällt unter Premier Justin Trudeau aus. Kein Kriegsende in Sicht.



Wo Einheit nötig wäre, werden Rivalitäten im Krieg ausgetragen. Zivilisten fliehen nach Europa. Gefährdet sind Mittelostländer **Israel** und **Ägypten**. Beiden droht der "Islamstaat", in Ägypten aus Sinai – siehe Attentat auf den Metrojet – und **Libyen**, wofür der Deutsche Martin Kobler die UN-Kommission übernimmt; in Israel von Syrien, Libanon und Gaza.

Da sich heute Barack H. Obama und Benjamin Netanjahu im Weißen Haus treffen, steht zu hoffen, dass sie in Kernpunkten ihre Aktionsbasis finden. Viele Stolpersteine bleiben. Der **Atompakt** wird noch verschieden gesehen wie der Konflikt um Palästina. Geboten ist, praktikabel gemeinsame Ziele zu finden. Ansichten, wie die Krise unter Israelis und Palästinensern beizulegen wäre, differieren, wie die zum **Islamismus** mit vielen tiefen Folgen. Der Widerspruch wirkt: Präsident Obama förderte **Irans** Regionalmacht, die sich auch unter Palästinensern zeigt. Im Gegensatz dazu wünscht er Dialoge zum Friedenspakt am Jordan. Inzwischen kommt noch weniger aus **Europa** und **Berlin**, das mit der Migrantenkrisen ringt.

Ursachen

Historiker heften Geschichte an Daten fest. In Amerika wurde Hamtramck in Michigan die erste Stadt, wo fortan der Stadtrat mehrheitlich aus Muslimen besteht. Das geschah in dem ursprünglich deutschen, dann polnisch-katholischen Teil Detroit's mit 22.000 Seelen in Wahlen am 4. November. Dort, wo Muslime aus Arabien und vom Balkan die Mehrheit sind, riefen Muezzins seit 2004 aus sieben Moscheen offen übertragen zum Gebet auf. Ähnlich sind in Deutschland die Umwandlung von Kirchen in Moscheen, etwa in Berlin, Mönchengladbach, Dortmund und Hamburg. Dies wird wohl weitergehen, je mehr Migranten in Deutschland ihre Heimat finden.



Foto: Privat WGS

Informationen der Berliner Verkehrsbetriebe für Ankommende auf Arabisch

Kanzlerin Merkel sprach am 4. November vor dem Düsseldorfer Industrie-Klub über damit verknüpfte Probleme. Um Krisen erfolgreich zu bewältigen, müsse man an ihren Ursachen ansetzen, sagt sie, und meint damit in Syrien und Irak. Als Beispiel führte sie das Versagen der Staatengemeinschaft an, Lebensmittelrationen für Flüchtlinge in Libanons und Jordaniens Lagern von 27 auf 13 Dollar pro Person und Monat kürzten. Dies sei sicher eine der Fluchtursachen: "Wir haben das jetzt nachgeholt." In der Türkei würden Flüchtlinge Gäste genannt, ohne Zugang zum Arbeitsmarkt. In einigen Städten gebe es mehr Flüchtlinge als Einwohner. Das hätte den Druck auf Deutschland verstärkt, da die Hoffnung vieler Syrer schwand, in alsbald ihre Heimat zurückzukommen. Ersparnisse waren auch aufgebraucht.

Angela Merkel meinte, "Wir müssen bei den Ursachen ansetzen, um die Ströme zu ordnen, zu steuern. Wir müssen die Ursachen bekämpfen, um in der Folge auch die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, zu reduzieren. Das ist die Aufgabe, an der wir arbeiten. Ich glaube allerdings, es wird nicht so sein, dass wir dann gar keine Flüchtlinge mehr haben." Die Zahl der Konflikte in der Türkei sei groß und ein Austausch wäre darüber geboten, wie ein Versöhnungsprozess mit den **Kurden** eingeleitet werden könne. Allein die Herausforderung, die sich durch den "Islamischen Staat" stelle, sei zudem eine recht große.

Moratorium

Zum einen mag man die Energie der Kanzlerin bewundern, mit der sie versucht, eine selbst mit herbei geführte **Bewährungsprobe** zu meistern und andere mit auf den Weg zu nehmen. Ist sie realistisch? Alles lief besser, wenn sie sich eine demokratische Legitimation durch Referendum oder Vertrauensfrage einholte. Denn sie vergibt Riesenmittel, die der Steuerzahler und Wähler aufbringt, der ja mitreden will. Auch ist mehr Transparenz in Wochen- und Monatsberichten geboten, woher Menschen nach Berufen kommen und wo sie bleiben.

Zweitens ist Merkels Aussage zur Ursachenbekämpfung eher Theorie. Die als Beispiele genannten Konflikte währten oft hunderte Jahre und lassen sich nicht rasch regeln. Insofern greift ihr Motto zu weit. Wie gezeigt, dauern **Kriege** in Mittelost an. Nachdem Angela Merkel ihre **Mittelostpolitik** versäumt hat, kann sie diese nicht rasch nachholen. Drittens muss Berlin einen Jahreslimit finden und ansagen. Auch ein noch so guter Rechtsstaat wird durch zu viele Ankömmlinge überfordert. Zu bedenken wäre ein einjähriges Moratorium, damit die Kapazitäts-, Verteilungs- und **Integrationsfragen** auch europäisch erörtert und geregelt werden. Niemand sollte Konflikte unter Gruppen heraufbeschwören. **Wolfgang G. Schwanitz**